

Guido Lechner
Anzeigender/Geschädigter

[REDACTED]
[REDACTED] Hamburg

Hamburg, den 09.06.2016

Bayerische Staatskanzlei
Herrn Ministerpräsident Horst Seehofer
Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80535 München

Beschwerde Nr.: 20660/2007/2013
Lechner ./ Deutschland

vorab per Fax: +49 (089) 294044

Angezeigte: Haupthaus Kunsthaus-Ketterer München.

Gesamtgegenstandsstreitwert:

100 Millionen Euro zzgl. Zinsen in Höhe von 5 % über dem Basiszinssatz.
Zeit 1998 durchgehend bis 2016.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

es wurde seinerzeit bereits gegen die oben benannte Angezeigte fristgerecht durch den Anzeigenden bei der zuständigen Strafverfolgungsbehörde (Staatsanwaltschaften München) Strafanzeige gestellt (siehe Anlagen in Kopie).

Denn die Zuständigkeit hierzu obliegt und liegt hier bei der zuständigen Strafverfolgungsbehörde Staatsanwaltschaften München.

Somit liegt rechtlich keinerlei Verjährungen im Sinne der Rechtsprechungen zur Rechtslage vor, da vom Anzeigenden diese eingereichten Vorgänge seinerzeit schon von Anfang an, mehrfach auch vorab per Fax, „fristgerecht“ zur Anzeige gebracht wurden.

Bis zum heutigen Tage sind in diesen Angelegenheiten keinerlei Tätigkeiten / Ermittlungen gegen die o.b. Angezeigte durch die Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwaltschaft München) erfolgt.

Es wurde und liegt somit de facto auch durch dieses Ihre zuständige Strafverfolgungsbehörde (Staatsanwaltschaften München) seit Jahren durch diese Untätigkeiten im Amte unstreitig Begünstigungen und Beihilfen von erheblichen Strafhandlungen vor, indem somit durch die Strafverfolgungsbehörde (Staatsanwaltschaften München) von Amts wegen her auch hierbei systematisch weiterhin schon seit Jahren erhebliche Strafhandlungen u. a. noch durch erhebliche massive Rechtsverstöße und massive Rechtsbeugungen u. a. nach § 339 StGB sogar in Tateinheit mit massiven Strafvereitelungen u. a. nach §§ 258, 258a StGB begangen wurden und weiterhin vorliegt.

Indem auch hierbei nicht einmal ansatzweise durch Ihre zuständige Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwaltschaften München) seit Jahren auf diese zahlreichen ergangenen Einlassungen des Anzeigenden hierzu eingegangen wurde, sondern stillschweigend rechtswidrig übergangen wurde.

Offensichtlich ist diese Ihre zuständige Strafverfolgungsbehörde (Staatsanwaltschaften München) seit Jahren bemüht, schwerwiegende Straftaten zu decken und somit sich selbst oder dritte Personen zu ihrer Vorteilsnahme zu begünstigen und den Anzeigenden in seinen Eigentumsverhältnissen schwer zu schädigen.

Der Anzeigende wird auf Grundlage der Voraussetzungen bei den zuständigen Europäischen Behörden **Strafanzeige** gegen die Verantwortlichen der Strafverfolgungsbehörde (Staatsanwaltschaften München) stellen und entsprechende Schadenersatzforderungen gegen die Bayerische Staatsregierung zusätzlich geltend machen.

Der Anzeigende geht mittlerweile ganz klar von einer aktiven Unterstützung, zumindest Duldung und Beihilfe von bandenmäßiger organisierter Kriminalität in Amtsausführung aus und hat und wird weiterführend entsprechende Bundes- und europäische Gerichte/Behörden informieren.

Der Anzeigende nimmt zur Vermeidung von Wiederholungen vollinhaltlichen Bezug auf seine bereits bisherigen eingereichten Einlassungen an diese Ihrer zuständigen Strafverfolgungsbehörde (Staatsanwaltschaften München).

Seit Ihrem Amtsantritt tragen Sie als Bayerischer Ministerpräsident des Freistaat Bayern gleichermaßen eindeutig die gesamte rechtliche und politische Verantwortung für die oben genannten justiziellen Mißstände. Dies gilt ebenfalls für alle Handlungen und Unterlassungen der verantwortlichen Bayerischen stellvertretenden Ministerpräsident/inn/en und Staatsminister/inn/en im Freistaat Bayern.

Als Bayerischer Ministerpräsident des Freistaat Bayern tragen Sie die verfassungsmäßige bzw. organschaftliche Verantwortung für die berufenen Behördenvertretungen des Freistaat Bayern.

Eine inhaltsgleiche Kopie des Schriftsatzes durch den Anzeigenden vom 09.06.2016 ergeht in Kopie vorab per Fax und per E-Mail zur gesamten Kenntnisnahme

u.a. noch an die übrigen zuständigen Bundesbehördenstellen, an den Europäischen Gerichtshof in Straßburg, an den Internationalen Gerichtshof in Den Haag, an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages (Rechtsabteilung), Berlin, an die Menschenrechtskommission, Berlin und Genf und an den Bundesdatenschutzbeauftragten, Bonn sowie gleichermaßen an die nationale und internationale Presse und die Medien.

Mit freundlichen Grüßen


Guido Lechner



Herrn
Guido Lechner
Uhlandstr. 2
22087 Hamburg

Berlin, 10. Juni 2016
Bezug: Ihr Schreiben vom 9. Juni 2016

Posteingang
Pet 4-18-07-99999-033097 (Bitte bei allen Zuschriften angeben)

Sekretariat Pet A

Sehr geehrter Herr Lechner.

Ausschussdienst
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-35257
Fax: +49 30 227-36053
vorzimmer.peta@bundestag.de

Ihre Zuschrift (siehe Bezug) ist beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages eingegangen bzw. ihm zugeleitet worden.

Sie erhalten zu gegebener Zeit weitere Nachricht.

Diese Mitteilung wurde automatisch erstellt und dient lediglich als Empfangsbestätigung.

Personenbezogene Daten werden unter Wahrung des Datenschutzes gespeichert und verarbeitet.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag

Ausschussdienst